Verhandlungsschrift

über die *öffentliche Sitzung des Gemeinderates*

der *Marktgemeinde Ternberg*

am *Donnerstag, den 19.10.2006*, im *Sitzungssaal des Marktgemeindeamtes Ternberg*

Beginn: 19:00
Ende: 21:30

Anwesende

1.	Bürgermeister Alois Buchberger	ÖVP	
2.	Vize-Bürgermeister Josef Kleindl	ÖVP	
3.	Herr GV Andreas Ahrer	ÖVP	
4.	GV Hermann Mayr	ÖVP	
5.	GR Mag. Birgit Losbichler	ÖVP	
6.	GR Ferdinand Großwindhager	ÖVP	
7.	GR Theresia Molterer	ÖVP	
8.	GR Josef Pönbacher	ÖVP	
9.	GR Johann Großtesner	ÖVP	
10.	GR Ing. Franz Derfler	ÖVP	
11.	GR Helmut Gruber	ÖVP	
12.	Vize-Bürgermeister Leopold Steindler		SPÖ
13.	GV Hugo Krieger	SPÖ	
14.	GV Gerhard Müller	SPÖ	
15.	GR Franz Eibenberger	SPÖ	
16.	GR Johann Hager	SPÖ	
17.	GR Karl-Heinz Wimmer	SPÖ	
18.	GR Franz Gierer	SPÖ	
19.	GR Edgar Blasl	FPÖ	
20.	GR Josef Großteßner-Hain	BPT	
21.	Rudolf Gumpoldsberger	ÖVP	Vertretung für Karl Brandstetter
22.	Melitta Moser	ÖVP	Vertretung für Florian Pönbacher
23.	GR Günther Steindler	SPÖ	
24.	Hildegard Kleinhagauer	SPÖ	Vertretung für Harald Salcher
25.	Dr. Reinhold Zischkin	BPT	Vertretung für GR Anna Schörkhuber
26.	AL Johann Haider		Leiter des Gemeindeamtes
27.	Norbert Hochmuth		fachkundige Person bei Punkt 1
28.	Sabine Garstenauer		fachkundige Person bei Punkt 1
29.	Silvia Postlmayr		Schriftführer

Abwesende

30.	GR Stefan Großwindhager	ÖVP	entsch. am 11.10.2006 beruflich verhindert
31.	GR Christian Rogner	ÖVP	entsch. am 10.10.2006 beruflich verhindert
32.	GR Pia Wiltschko	SPÖ	entsch. am 06.10.2006 privat verhindert
33.	GR Anna Schörkhuber	BPT	entsch. am 09.10.2006 privat verhindert
34.	Karl Brandstetter	ÖVP	entsch. am 10.10.2006 krankheitshalber verhindert
35.	Florian Pörnbacher	ÖVP	entsch. am 11.10.2006 dienstlich verhindert
36.	Kurt Reisinger	SPÖ	entsch. am 10.10.2006 beruflich verhindert
37.	Christian Born	SPÖ	entsch. am 10.10.2006 krankheitshalber verhindert
38.	Reinhold Gsöllpointner	SPÖ	entsch. am 10.10.2006 beruflich verhindert
39.	Harald Salcher	SPÖ	entsch. am 10.10.2006 beruflich verhindert

Der Vorsitzende eröffnet um **19.00 Uhr** die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu an alle Mitglieder zeitgerecht schriftlich am 16. November 2005 in der Form erfolgt ist, indem der Sitzungsplan vom 13. Dezember 2005 für alle im Jahre 2006 geplanten Gemeindevorstands- und Gemeinderatssitzungen nachweislich zugestellt wurde. Die Tagesordnung wurde am 06. Oktober 2006 ausgesandt; die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel wurde am gleichen Tage öffentlich kundgemacht;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) dass die Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 21. September 2006 bis zur heutigen Sitzung zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Als Protokollunterfertiger werden folgende Gemeinderäte namhaft gemacht:

ÖVP: GR Molterer Theresia

SPÖ: GR Gierer Franz

BPT: GR Großteßner-Hain Josef

FPÖ: GR Blasl Edgar

1. Spar Österr. Warenhandels AG - Ansuchen Geschäftsgebietswidmung Grst. 1440/2
2. Nahwärme Ternberg, Berufung gegen den Baubewilligungsbescheid des Bürgermeisters vom 01.09.2006
3. FF Trattenbach, Zeughausneubau - Verkauf des Grundstückes Nr. 133/5, KG Trattenbach; Kaufvertrag
4. Prüfbericht der Prüfungsausschusssitzung vom 5. September 2006
5. Kindergartenkindertransport - Vertragsabschluss mit der Firma Trinko, Molln
6. Traktorankauf für den Bauhof
7. Ankauf von Kommunalfahrzeugen - Finanzierungsplan Traktorankauf
8. Rückbau OW Rameis - Verbücherung gemäß §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz
9. Ausbau GW Paukengraben - Verbücherung gemäß §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz
10. Getränkesteuerverfahren Scharfmüller Elfriede, zweitinstanzlicher Abgabenbescheid
11. Privatrechtliche Grundeigentümergebilligung für den Gastgarten Kratochwil, Änderung der Namensführung von Kratochwil Franz auf Kratochwil Ingrid
12. Allfälliges

Der Bürgermeister setzt den Tagesordnungspunkt 2 von der Tagesordnung ab.

1.Spar Österr. Warenhandels AG - Ansuchen Geschäftsgebietswidmung Grst. 1440/2

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Mit Schreiben vom 12. September 2006 hat die Spar Österr. Warenhandels AG, 4614 Marchtrenk, einen Umwidmungsantrag von derzeit „gemischtes Baugebiet“ in „Gebiet für Geschäftsbauten“ für Parzelle Nr. 1440/2 gestellt. Mit diesem Antrag wurde der ursprüngliche Antrag vom 22. August 2006 abgeändert, ein am 20. März 2006 eingebrachter Antrag wurde bereits früher zurückgezogen.

Die von der Fa. Spar beantragte Widmung lautet auf:

Gebiet für Geschäftsbauten - G	1.200 m ² Gesamtverkaufsfläche
davon: Lebens- und Genussmittel der Grundversorgung	600 m ²
übrige Sortimentsteile (Non-Food-Produkte)	250 m ²
Textilien	100 m ²
Bank	50 m ²
Schuhe	200 m ²

Für diese Widmung ist auch eine Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzepts notwendig.

Die beantragte Umwidmung wurde vom Bauausschuss am 11. April, 22. Mai und 04. September 2006 – auch unter Beziehung der Fraktionsobleute sowie der Fachleute DI Donauer, DI Katzensteiner und DI Deinhammer – vorberaten und mehrheitlich befürwortet.

Am 09. Oktober 2006 fand nochmals eine Besprechung der Mitglieder des Bauausschusses und der Fraktionsobleute mit Vertretern von Nahversorgungsbetrieben in Ternberg statt. Dabei waren auch wiederum DI Donauer und DI Katzensteiner vom Amt der OÖ Landesregierung anwesend.

Gemäß § 24 (3) OÖ ROG 1994 hat die Gemeinde im Flächenwidmungsplan festzulegen, welches Höchstausmaß an Gesamtverkaufsfläche Geschäftsbauten haben dürfen. Weiters ist die Beschränkung oder der Ausschluss eines bestimmten Warenangebotes zulässig. In der Besprechung am 09. Oktober wurden Zweifel geäußert, dass die Bestimmung des § 24 (3) des OÖ ROG 1994 von der Gemeinde auch kontrolliert werden kann.

Diesbezüglich wurde die Baurechtsabteilung des Amtes der OÖ Landesregierung kontaktiert. Die Gemeinde erhielt daraufhin die Auskunft, dass eine detaillierte Festlegung eines bestimmten Warenangebotes im Gesetz nicht vorgesehen und auch in der Verwaltungspraxis nicht üblich ist.

Sehr wohl wird aber der § 24 (3) OÖ ROG 1994 von den Gemeinden so genutzt, dass bei Geschäftsgebietswidmungen neben der Gesamtverkaufsfläche die Verkaufsfläche für Lebensmittel bzw. Konsumgüter des täglichen Bedarfs auf ein bestimmtes Maß eingeschränkt wird. Diese Einschränkung im Flächenwidmungsplan ist im Bauverfahren dahingehend umzusetzen, dass ein eingereichtes Projekt nur genehmigungsfähig ist, wenn die Fläche, auf der Konsumgüter des täglichen Bedarfs angeboten werden, genau bezeichnet und abgegrenzt wird.

Sollte der Marktbetreiber nachträglich, ohne baubehördlichen Konsens eine andere Aufteilung der Verkaufsfläche vornehmen, kann die Baubehörde im Sinne des § 40 (8) OÖ ROG 1994 mit Bescheid die Herstellung des rechtmäßigen Zustandes auftragen oder die Verwendung der baulichen Anlage untersagen.

Aufgrund dieser Auskunft wurde am 19. Oktober nochmals ein Gespräch mit Vertretern der Firma Spar geführt. Danach erklärte sich die Firma Spar bereit, den geplanten Neubau mit einer Fläche von 900 m² zu beschränken. Auf den übrigen 300 m² würden eine Bank sowie ein Schuhgeschäft Platz finden. Sollte bis Baubeginn kein Betreiber für das Schuhgeschäft gefunden werden, so würde dieser Teil nicht errichtet.“

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen, das Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4 und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1 zur Umwidmung des Grundstücks 1440/2, KG Ternberg, von derzeit „gemischtes Baugebiet“ in „Gebiet für Geschäftsbauten“ einzuleiten.

Die neue Widmung soll wie folgt lauten:

Gebiet für Geschäftsbauten – G.1.200 m² Gesamtverkaufsfläche,
davon 900 m² für Konsumgüter des täglichen Bedarfs

Einem allfälligen Bauprojekt wird nur die Zustimmung erteilt, wenn diese 900 m² von der übrigen Verkaufsfläche abgegrenzt und baulich getrennt werden.

Beratung:

Wortmeldung GR Dr. Zischkin:

Ist es rechtlich möglich eine Spar Gesellschaft darauf festzulegen, dass es keine andere Umwidmung geben wird, sollte kein Schuhgeschäft gefunden werden?

Wortmeldung GR Gierer:

Im Amtsvortrag ist die Summe der m² der aufgelisteten Bereiche, Lebens- und Genussmittel, übrige Sortimentsteile (Non-Food-Produkte) und Textilien, 950 m². Nun ist die Rede von 900 m² für Konsumgüter des tägliche Bedarfs, wie soll das gehen?

In einem Schreiben, haben die Nahversorger mitgeteilt, dass sich die Gemeinderäte der ÖVP befremden und zu keinem persönlichen Gespräch mit den Nahversorgern bereit sind. In der Anlage befindet sich auch ein Schreiben vom 10. Oktober 2006 an den Landeshauptmann, gibt es dazu eine Antwort?

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Die rechtliche Richtigkeit bei der Beschränkung auf 900 m² wurde von der Baurechtsabteilung intensiv geprüft und zugesichert. Ursprünglich waren es 950 m², aufgeteilt in verschiedene Gruppen. Bei dem Gespräch heute wurde auf 900 m² verringert und allgemein unter Konsumgüter zusammengefasst.

Bezüglich des Schreibens der Nahversorger müsste man Herrn Ahrer fragen. Ich kenne dieses Schreiben nicht. Die Nahversorger waren aber zu einem Gespräch eingeladen. Das Schreiben an den Landeshauptmann habe ich von Herrn Hohlrieder in Kopie bekommen. Wir haben keine Antwort vom Landeshauptmann erhalten.

Wortmeldung GR Großsteßner-Hain:

Wir haben bis jetzt noch keinen Amtsvortrag für diesen Tagesordnungspunkt erhalten.

Ich muss feststellen, dass der Konsens zwischen den Gewerbetreibenden und der Gemeindeführung fehlt. Regionale Gewerbetreibende haben bedenken, wenn man sich die Zahlen vor Augen führt. Bisher hatten Spar-Markt und Wiedemann zusammen 1070 m² Verkaufsfläche. In den letzten Jahren ist der Zielpunkt mit 600 m² dazu gekommen. Spar will um 800 m² erweitern, dies würde bedeuten, dass 1400 m² Verkaufsfläche dazukommen, das wären mit 130 % mehr als verdoppelt. Dass sich die regionalen Gewerbetreibenden Sorgen machen ist durchaus berechtigt. Für mich ist es sehr befremdend, dass hier kein entsprechender Konsens hergestellt werden kann, daher werden wir uns in diese Sachen nicht Miteinbinden lassen.

Wortmeldung AL Haider:

Frau EGR Singer war heute Vormittag bei uns und Hr. Hochmuth hat den Amtsvortrag nach Fertigstellung an Frau Singer gemailt.

Wortmeldung Frau Singer (Zuhörer):

Ich habe den Amtvortrag nicht erhalten.

Wortmeldung AL Haider:

Der Amtvortrag wird sofort nachkopiert.

Wortmeldung GR Dr. Zischkin:

Möchte erinnern, dass der Zielpunkt unter der absoluten Mehrheit der ÖVP zugelassen wurde. Es gab Einschränkungen für die regionalen Gewerbetreibenden und deshalb gibt es zusätzliche Bedenken.

Wortmeldung Vize-Bgm. Steindler:

Wir haben uns sehr eingehend mit der Sache befasst und haben ein Gespräch mit den Gewerbetreibenden geführt, es war ein sehr gutes Gespräch. Ich verstehe die Sorgen der Gewerbetreibenden, aber ich verste-

he auch die Firma Spar, dass sie Ihren Betrieb ausbauen will. Der Sparmarkt ist nicht mehr am neuesten Stand und gehört daher hergerichtet. Im heutigen Gespräch ist die Firma Spar auf den Wunsch eingegangen und hat die Verkaufsfläche auf 900 m² verringert. Es ist zwar nicht genau das was sich die Gewerbetreibenden von Ternberg vorstellen, das wären zirka 800 m² gewesen. Aber nachdem heute die Gesprächsrunde mit Hr. Ahrer, Hr. Großwindhager, Hr. Kleindl und mir sehr positiv war, habe ich das Gefühl man kann dem die Zustimmung geben. Die 300 m² bereiten mir schon noch Sorgen, ob man dies wirklich so vollziehen kann, man muss sich auf das Gesetz verlassen und es gibt auch eine Stellungnahmen vom Land. Man wird es in den Griff bekommen können, daher wird ein Teil der Fraktion dem Umbau des Sparmarktes die Zustimmung geben.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Zielpunkt unter ÖVP Mehrheit: Tatsache ist, dass bis November 2005 in jeder Gemeinde ein Markt bis zu 600 m² errichtet hat werden können. Die gesetzliche Lage hat sich erst danach verändert. Mit einer Widmung war in der Angelegenheit Zielpunkt der Gemeinderat unter ÖVP-Mehrheit nicht zubezugen. Zu Herrn Großsteßner-Hain, die Berechnung stimmt nicht, die 1070 m² von Wiedemann und Spar dürften nicht stimmen, daher stimmt auch das Argument, dass die Verkaufsfläche beinahe verdoppelt wird, nicht.

Wortmeldung GR Großsteßner-Hain:

Dies ist ein Rechenbeispiel. Nach meinen Zahlen wäre es eine Erhöhung von 130%. Das wäre ungefähr so als wären in einer Schule um 50 % weniger Kinder, dort würden auch Bedenken auftreten oder die Sorge der Arbeitnehmer wenn die Aufträge um 50 % zurück gehen würden. Ich sehe, dass die Gewerbetreibenden berechnete Sorgen haben und ich glaube immer noch, dass die Konsensfindung nicht geglückt ist. Es scheitert wie bei vielen anderen Projekten an einer Vorgangsweise die zu solchen Situationen führt.

Wortmeldung GR Großwindhager:

Fr. Schörkhuber hat letztes Mal gesagt, dass über die Köpfe hinweg entschieden wurde. Es gab 4 Bauausschusssitzungen auch mit Leuten der Firma Spar. Dort haben sich die Bedenken von Herrn Großsteßner-Hain auch in Grenzen gehalten. Es wurde in der Fraktion mit Experten der Wirtschaftskammer eine Kaufkraftanalyse gemacht. Es gab noch nie eine Situation welche so ausführlich diskutiert wurde wie diese. Alle Fraktionsobmänner wurden ersucht sich Gedanken zu machen und jetzt heißt es, dass über die Köpfe hinweg entschieden wurde.

Wortmeldung GV Mayr:

Ich habe von Vertretern des Gewerbes nie eine Einladung bekommen zur Diskussion. Vor einigen Jahren gab es eine Diskussion wegen dem Geschäftszentrum. Ich habe dagegen gestimmt. Daraufhin ist ein Bauunternehmen in Konkurs gegangen. Hr. Großsteßner-Hain hat zufällig dafür gestimmt. Eines habe ich dadurch gelernt, als Gemeinderat kann man keine Entwicklung aufhalten, die Geschäfte ziehen von selbst zur Durchzugsstraße.

Wortmeldung GV Krieger:

Grundsätzlich ist es positiv, dass die Firma Spar bereit war die Verkaufsfläche zu reduzieren. Dies ist ein Kompromissvorschlag der hier am Tisch liegt, ein besseres Ergebnis hätte es nur geben können wenn man einen Konsens mit Spar und Vertreter der Gewerbetreibenden herstellen hätte können um das auszu diskutieren. Die Gewerbetreibenden wünschen sich 700 m². Nun ist die Rede von 900 m². Ich persönlich kann dieser Sache zustimmen. Ich hoffe aber, dass dies kein Umweg für die Firma Spar ist, irgendwann im Nachhinein die Fläche für das Schuhgeschäft und für die Bank, für den Verkauf von Konsumgütern zu verwenden. Ich hoffe das dem nicht so ist, denn sonst würde ich hier heute die falsche Entscheidung treffen. Ich kann mich auch deshalb dieser Entscheidung anschließen, da wir auch einen Nahversorger im Gemeinderat haben. Für Hr. Kleindl ist dieser Kompromiss machbar.

Wortmeldung GR Hager:

Ich glaube, man sollte ein Verkehrskonzept für Ternberg einfordern, damit nicht einfach irgendwo ein Parkplatz oder eine Straße gebaut wird. Damit nicht so eine gefährliche Kreuzung wie zum Beispiel die Zielpunktkreuzung entsteht, wo jetzt eine Unterführung gemacht werden soll.

Wortmeldung GR Blasl:

Die Gemeinde hat es sich sicher nicht leicht gemacht. Es wurde monatelang besprochen, es wurde sehr wohl überlegt, doch eine Entwicklung ist nicht aufzuhalten. Man sollte nicht nur die Gefahr sehen, sondern auch die Chance. Man kann kein eigenständiges Dorf sein und bei der EU sein. Man muss vernünftig überlegen Gründe umzuwidmen. Lassen Leute in Ternberg ansiedeln und diese sind auch potenzielle Kunden für die Betriebe. Es ist wohldurchdacht und der Rest ist nicht mehr zeitgemäß.

Wortmeldung Vize-Bgm. Kleindl:

Ich bin heute sehr positiv aus dem Gespräch gegangen. Ich möchte mich entschuldigen, sollte die ÖVP ein näheres Gespräch mit den Gewerbetreibenden verabsäumt haben. Wir waren bei Gesprächen dabei, vielleicht hätte man noch ein näheres Gespräch suchen sollen. Das Gespräch heute Vormittag war sehr interessant, nicht ganz einfach und auch nicht direkt zufriedenstellend. Es hat sich Kompromissbereitschaft gezeigt und somit war nichts besseres mehr möglich.

Wortmeldung GR Großeßner-Hain:

Die Betroffenen wurden nicht vollständig eingebunden. Hr. Kleindl hat dies soeben bestätigt. Ein Geschäftszentrum ist nicht mit einem Konzern zu vergleichen. Wir sind nicht gegen den Ausbau von Spar aber für einen Konsens mit den Betroffenen.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, das Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4 und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1 zur Umwidmung des Grundstücks 1440/2, KG Ternberg, von derzeit „gemischtes Baugebiet“ in „Gebiet für Geschäftsbauten“ einzuleiten.

Die neue Widmung soll wie folgt lauten:

Gebiet für Geschäftsbauten – G.1.200 m² Gesamtverkaufsfläche,
davon 900 m² für Konsumgüter des täglichen Bedarfs

Einem allfälligen Bauprojekt wird nur die Zustimmung erteilt, wenn diese 900 m² von der übrigen Verkaufsfläche abgegrenzt und baulich getrennt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen durch Handerheben angenommen (10 ÖVP (Buchberger, Ahrer, Mayr, Losbichler, Großwindhager, Molterer, Pörnbacher, Großeßner, Gruber, Gumpoldsberger) 4 SPÖ (Steindler, Krieger, Hager, Gierer) 1 FPÖ (Blasl); sieben Gemeinderäte stimmen gegen den Antrag (3 ÖVP (Derfler, Moser, Kleindl), 2 SPÖ (Eibenberger, Wimmer), 2 BPT (Großeßner-Hain, Dr. Zischkin)); drei Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (Steindler Günther, Kleinhagauer, Müller alle SPÖ).

2.Nahwärme Ternberg, Berufung gegen den Baubewilligungsbescheid des Bürgermeisters vom 01.09.2006

3.FF Trattenbach, Zeughausneubau - Verkauf des Grundstückes Nr. 133/5, KG Trattenbach; Kaufvertrag

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Die Marktgemeinde Ternberg hat gem. Beschluss des Gemeindevorstandes vom 13.06.2006 den Verkauf des Grundstückes 133/5, EZ 226, KG. Trattenbach, zum Verkauf ausgeschrieben. Als Verkaufspreis wurden € 38,00 pro m² festgelegt.

Herr Detlef Sommerfeld und Frau Kerstin Frank, beide wohnhaft in Ternberg, Alois Derfler Straße 3, 4452 Ternberg, beabsichtigen den Grund zu erwerben. Von Notar Dr. Brandecker wurde daher ein Kaufvertrag vorbereitet. Der Kaufvertrag liegt vor und sollte vom Gemeinderat beschlossen werden. Da es sich um eine Veräußerung von unbeweglichem Vermögen handelt, ist hierfür eine 2/3 Mehrheit notwendig.“

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge den vorliegenden Kaufvertrag vollinhaltlich beschließen.

Beratung:

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Die Fraktionen haben eine Ausfertigung des Kaufvertrages erhalten. Wenn es nötig ist bringe ich den Kaufvertrag zur Kenntnis, sonst verzichte ich darauf.

Es wird auf das Vortragen des Kaufvertrages verzichtet.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Wesentlich ist die Anzahl der m² von 743 m² und der Kaufpreis 38€/m²

Wortmeldung GR Blasl:

Ist die Baumöglichkeit garantiert?

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Ja der Grund ist gewidmetes Bauland.

Beschlussfassung:

Vize-Bgm. Kleindl stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Kaufvertrag vollinhaltlich beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde einstimmig durch Handerheben angenommen.

4.Prüfbericht der Prüfungsausschusssitzung vom 5. September 2006

Der Prüfungsausschuss Obmann GR Wimmer verliest wie folgt den Prüfbericht laut Beilage:

Beilage: Prüfbericht:

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den Bericht des Prüfungsausschusses wie soeben vorgetragen zur Kenntnis nehmen.

Beratung:

Der Bürgermeister verweist auf den Niederschlags- und Schneefallbericht von der EKW.

Wortmeldung GV Derfler:

Ich habe den Bericht eingereicht, bei den Messungen der Memographen in Trattenbach und Steyr konnten nur die Umgebungstemperaturen gemessen werden, jedoch die Schneelage konnte nicht festgestellt werden. Aus Referenzen kann berichtet werden, dass die Schneelage von Ternberg bis Eisenerz immer mehr zunimmt, trotzdem ist die gesamte Tendenz steigend. Im Dezember 2001 und 2002 hatten wir keine Schneelage, in den letzten 2 Jahren hat dies jedoch zugenommen.

Wortmeldung GR Wimmer:

Diese Steigung entspricht auch den steigenden Kosten.

Beschlussfassung:

GR Wimmer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Bericht des Prüfungsausschusses wie soeben vorgetragen zur Kenntnis nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde einstimmig durch Handerheben angenommen.

5.Kindergartenkindertransport - Vertragsabschluss mit der Firma Trinko, Molln

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Die Kindergartenkindertransporte werden im Kindergartenjahr 2006/07 von der Firma Trinko GmbH, Molln, durchgeführt.

Für die Durchführung dieser Transporte hat die Firma einen Vertragsentwurf vorgelegt. Die Vergütung der Transportkosten erfolgt nach den Kindergartentransporttarifen welche die Oö. Landesregierung in den Richtlinien für die Gewährung von Landesbeiträgen zu den Kosten des Kindergartenkindertransportes festgesetzt hat.“

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge den vorliegenden Vertrag mit der Firma Trinko GmbH beschließen.

Beratung:

Wortmeldung GR Blasl:

Ich bedanke mich, dass meinem Drängen endlich nachgegeben wurde und die ÖVP doch Einsicht bekommen hat, jedoch hätten wir uns 8 Jahre viel Geld ersparen können.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Der Kindergartentransport wird heuer das zweite Jahr an die Firma Trinko vergeben, vor 10 Jahren haben die Verantwortlichen reagiert, damals war die Entscheidung richtig, jedoch ob es so lange richtig war braucht man jetzt nicht mehr diskutieren.

Beschlussfassung:

GR Losbichler stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Vertrag mit der Firma Trinko GmbH beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

6. Traktorankauf für den Bauhof

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Im Juli 2006 wurde von der Firma Silbergasser in Gunskirchen festgestellt, dass die Reparatur des Unimog mindestens € 17.000,00 voraussichtlich aber € 25.000,00 betragen wird.

Die Abteilung Gemeinden wurde darüber am 24.7.2006 schriftlich verständigt.

Bei der Vorsprache am 19.9.2006 wurde von Herrn LR Dr. Stockinger eine Zusage von € 60.000,00 für die Ausfinanzierung des Güterweges Schöckhof und für den Ankauf eines Kommunaltraktors und neuen Winterdienstgeräten für das Jahr 2007 zugesagt.

Laut § 38 Abs. 2 Zif. 3 des Bundesvergabegesetzes 2006 sind Vergaben im Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung bis zu einem Auftragswert von € 60.000,00 möglich, wenn aufgrund einer besonders günstigen Gelegenheit, die sich für einen kurzen Zeitraum ergeben hat, Waren und Dienstleistungen zu einem Preis beschafft werden können, der erheblich unter den marktüblichen Preisen liegt.

Dies trifft für den Ankauf von Vorführ-Traktoren zu.

Angeboten haben 6 Firmen. Davon haben 3 Firmen neue Traktoren und 3 Firmen Vorführtraktoren angeboten.

Im Preisvergleich ist die Firma Bulla, Sierning, unter Berücksichtigung des Rückkaufes der Altgeräte als Bestbieter hervorgegangen.

Preis für Traktor Steyr M9100A	€ 45.600,00
abzüglich Rückkauf der Altgeräte	€ 15.600,00
Zwischensumme:	€ 30.000,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 6.000,00
Aufzahlungsbetrag:	€ 36.000,00

Preis für HYDRAC Schneepflug Type U II 300	€ 9.330,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 1.866,00
Zahlungsbetrag:	€ 11.196,00

Preis für HYDRAC Tellerstreuer Type T 1400	€ 9.970,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 1.994,00
Zahlungsbetrag:	€ 11.964,00

Preis für HYDRAK Industrie Freisicht Frontlader	€ 9.990,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 1.998,00
Zahlungsbetrag:	€ 11.988,00

Gesamtzahlungsbetrag Netto	€ 59.290,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 11.858,00
Zahlungsbetrag:	€ 71.148,00

Die Marktgemeinde Ternberg hat für den Ankauf ein Vorsteuerabzugsrecht in der Höhe von 26,81 %, das sind € 3.179,12. Die Belastung der Gemeinde beträgt daher € 67.968,88.!"

Die Berechnungen zur Bestbieterermittlung werden mit dem Beamer vorgestellt.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge folgende Ankäufe beschließen:

Einen Traktor Steyr M9100A	€ 45.600,00
abzüglich Rückkauf der Altgeräte	€ 15.600,00
Zwischensumme:	€ 30.000,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 6.000,00
Aufzahlungsbetrag:	€ 36.000,00

Einen HYDRAC Schneepflug Type U II 300	€ 9.330,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 1.866,00
Zahlungsbetrag:	€ 11.196,00

Einen HYDRAC Tellerstreuer Type T 1400	€ 9.970,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 1.994,00
Zahlungsbetrag:	€ 11.964,00

Einen HYDRAK Industrie Freisicht Frontlader	€ 9.990,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 1.998,00
Zahlungsbetrag:	€ 11.988,00

Gesamtzahlungsbetrag Netto	€ 59.290,00
----------------------------	-------------

zuzüglich 20 % MWSt.	€ 11.858,00
Zahlungsbetrag:	€ 71.148,00

Beratung:

Wortmeldung GR Großwindhager:

Warum ist der Frontlader im Antrag nicht auf den Folien dabei?

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Die Frontlader auf den Folien sind nur Vergleiche.

Wortmeldung GR Blasl:

Wie viel PS wird der neue Traktor haben? Ist dieser stark genug, damit in höheren Regionen wo man mehr Leistung braucht keine Probleme auftreten?

Wortmeldung GR Großsteßner-Hain:

Wurden die betroffenen Leute, welche damit Arbeiten müssen bei der Auswahl eingebunden?

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Der Traktor wird 97 PS haben. Es wurde mit allen Gemeindemitarbeitern intensiv beraten welches Fahrzeug am besten ist, es wurde beschlossen, dass das Fahrzeug nicht zu stark sein soll, denn je stärker desto länger und da vorwiegend Siedlungsstraßen geräumt werden wäre dies eine Erschwernis. Die Straßen in höherer Lage sind an Fremdfirmen vergeben, diese haben auch stärkere Fahrzeuge.

Beschlussfassung:

GR Großwindhager stellt den Antrag, der Gemeinderat möge folgende Ankäufe bei der Firma Bulla, Sierning beschließen:

Einen Traktor Steyr M9100A	€ 45.600,00
abzüglich Rückkauf der Altgeräte	€ 15.600,00
Zwischensumme:	€ 30.000,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 6.000,00
Aufzahlungsbetrag:	€ 36.000,00

Einen HYDRAC Schneepflug Type U II 300	€ 9.330,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 1.866,00
Zahlungsbetrag:	€ 11.196,00

Einen HYDRAC Tellerstreuer Type T 1400	€ 9.970,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 1.994,00
Zahlungsbetrag:	€ 11.964,00

Einen HYDRAK Industrie Freisicht Frontlader	€ 9.990,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 1.998,00
Zahlungsbetrag:	€ 11.988,00

Gesamtzahlungsbetrag Netto	€ 59.290,00
zuzüglich 20 % MWSt.	€ 11.858,00
Zahlungsbetrag:	€ 71.148,00

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde einstimmig durch Handerheben angenommen.

7. Ankauf von Kommunalfahrzeugen - Finanzierungsplan Traktorankauf

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

Im Juli 2006 wurde von der Firma Silbergasser in Gunkskirchen festgestellt, dass die Reparatur des Unimog mindestens € 17.000,00 voraussichtlich aber € 25.000,00 betragen wird.

Die Abteilung Gemeinden wurde darüber am 24.7.2006 schriftlich verständigt.

Bei der Vorsprache am 19.9.2006 wurde von Herrn LR Dr. Stockinger eine Zusage von € 60.000,00 für die Ausfinanzierung des Güterweges Schöckhof und für den Ankauf eines Kommunaltraktors und neuen Winterdienstgeräten für das Jahr 2007 zugesagt.

Der Finanzierungsplan sieht wie folgt aus:

1. Kosten:		Bauabschnitte					Gesamt
		I 2005	II 2006	III 2007	IV 2008	V 2009	
1	Ausfinanzierung GW Schöckhof	8.700,00					8.700,00
2	Ausfinanzierung Hoftrac und Pritschenwagen	25.700,00					25.700,00
3	Traktorankauf inkl. Frontlader		85.852,32				85.852,32
4	Einrichtung						0,00
5	Außenanlagen						0,00
6	Sonstige Kosten						0,00
7	Summe:	34.400,00	85.852,32	0,00	0,00	0,00	120.252,32

- a) Ist in der Kostensumme die Umsatzsteuer enthalten?
b) Ist beim ggstdl. Vorhaben ein Vorsteuerabzug möglich?
c) wenn ja, in welcher Höhe?

ja, nichtabziehbarer Anteil
ja, zum Teil
26,81%

2. Finanzierungsvorschlag (gemäß Gemeinderats-Beschluss vom 19. Oktober 2006)

1	Rücklagen						
2	Anteilsbetrag o.H.						
3	Interessentenbeiträge						
4	Erlös aus Grundverkauf		10.152,32				
5	Darlehen (Förderungs-d.)						
6	Darlehen (Bank)						
7	Sonstige Mittel Erlös aus Unimogverkauf		34.500,00				

8	Erlös aus Traktorverkauf		15.600,00				
9	Bundeszuschuss						
10	Landeszuschuss						
11	Beantragte bzw. gewährte Bedarfszuweisung			60.000,00			
12	Summe:	0,00	60.252,32	60.000,00	0,00	0,00	120.252,32
	Abgang = -/Überschuss = +	-34.400,00	-25.600,00	60.000,00	0,00	0,00	0,00

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den Finanzierungsplan für den Ankauf eines Kommunaltraktors inkl. Frontlader wie vorgetragen beschließen.

Beratung:

Wortmeldung GR Eibenberger:

2001 wurde der Grund von der FF Trattenbach gekauft und ist der Grund in das Eigentum der Gemeinde Ternberg übergegangen. Der Grund ist ein Teil des Finanzierungsplanes für das Feuerwehrhaus Trattenbach. Es wurde dann beschlossen, dass das Feuerwehrhaus weiter herunter gebaut werden soll. Voraussetzung dafür war, dass die Umplanung für die FF kostenlos ist und eine andere Finanzierung erfolgt. Dies wurde von Herrn Bürgermeister Buchberger zugesichert. Außerdem wurde zugesichert, dass die FF Trattenbach den Grund verkaufen kann und das Geld für das neue Zeughaus verwendet wird. Die FF Trattenbach bekommt dafür von der Gemeinde einen Grund zur Verfügung gestellt, dies wurde damals in der Kommandositzung besprochen.

Nun soll das Geld des Grundverkaufes, die 10.000 € in den Finanzierungsplan des Traktorkaufes hineinlaufen. Dies ist nicht in Ordnung, man muss sich vorstellen, die FF Trattenbach kauft diesen Grund, die Gemeinde Ternberg macht dann mit dem Grundverkauf 6.000 € Gewinn. Die FF investiert zirka 100.000 € an Barleistung und Robotleistung in das Zeughaus, und geben zum Schluss das fertige Zeughaus mit dem selbst gekauften Baugrund wieder an die Gemeinde zurück. Hier geht es mit der Freiwilligkeit zu weit, ich sehe ein wenn die Gemeinde sagt, die 20.000 € kann man nicht diskutieren, aber ich sehe nicht ein dass die Gemeinde einen Gewinn macht. Die FF Trattenbach hat sich bemüht, dass der Grund verkauft wird und man bekommt nicht einmal ein Danke und das Geld fließt auch noch wo anders ein. Ich werde nicht zustimmen, man muss die Pflicht haben, die Freiwilligkeit zu unterstreichen.

Wortmeldung GR Blasl:

Es ist korrekt und richtig was Herr Eibenberger sagt, ein kleiner Tipp, nie einen Grund kaufen und auf jemand anderen schreiben.

Wortmeldung GR Hager:

Ich möchte mich bei Hr. Eibenberger bedanken. Ich sehe ein großes Problem auf die Freiwilligkeit zukommen. Ich möchte euch ersuchen, dass ihr euch das überlegt. Es gibt Leute welche sich freiwillig opfern und helfen um Geld für die FF zu bekommen (z.B. für den Ankauf des Grundes), und dann soll man in der Gemeinderatssitzung beschließen, dass so ein Geld für andere Finanzierungen herangezogen wird. Wenn dies in dieser Form beschlossen wird, dann möchte ich wissen was der Hr. Bürgermeister der Bevölkerung sagt, wenn die Feuerwehr oder das Rote Kreuz wieder sammeln kommen oder eine Veranstaltungen machen, damit man z.B. Ausrüstungsgegenstände ankaufen kann. Das Sammeln für die Feuerwehr wird immer schwieriger. Ich kenne auch keine andere Gemeinde wo es solche Beschlüsse gibt. Wenn dies auf das Landesfeuerwehrkommando vordringt, dann schreien die Alarmglocken.

Ich möchte den Gegenantrag stellen, dass diese 10.152,00 € anderweitig finanziert werden und das Geld wieder der Feuerwehr Trattenbach für den Zeughausbau zugute kommt.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Ich möchte dies klarstellen. Es ist korrekt, dass ich der FF Trattenbach zugesagt habe, dass die Umplanung und die Verrückung des Zeughauses die FF nicht belastet. Der ursprüngliche Finanzierungsplan am alten Standort hat 38 000 € Barleistung, 60 000 € Robotleistung durch die FF Trattenbach vorgesehen. Auf Grund der Tatsache, dass die FF den Grund gekauft hat, wurden die 19 000 € bereits beim Finanzierungsplan in Abzug gebracht. Die FF bezahlt jetzt nicht mehr 38 000 € Barleistung sondern 19 000 €. Somit ist die FF hier gleich ausgestiegen. Dies muss man auch dazu sagen und nicht dass der FF etwas weggenommen wurde. Es ist eine falsche Darstellung. Korrekt ist, dass das FF Haus herunter gebaut wird. Dadurch hat die Feuerwehr meiner Meinung nach einen enormen Vorteil. Die Gemeinde hat den Grund zur Verfügung gestellt, sozusagen abgetauscht. Es stimmt, die m² sind um einiges weniger aber für die Feuerwehr genauso zweckdienlich und somit hat die Feuerwehr keinen Nachteil.

Weitere Leistungen der Gemeinde Ternberg als Vorbereitung für den Neubau des Feuerwehrhauses in Trattenbach außerhalb des Finanzierungsplanes:

- 1) Abbruch des alten Lehrerwohnhauses und damit Freimachung der Bauparzelle als Baugrund für die FF Trattenbach € 6.657,00.
- 2) Übernahmen der Umplankosten wegen der Standortverlegung € 14.323,57
- 3) Kostenlose zur Verfügungsstellung eines Baugrundstückes in der Größe von 674 m².
- 4) Weitere Geldbereitstellung aufgrund des Grundverkaufes von € 3.800,00 für die KEG für die Abdeckung allgemeiner Kosten.
- 5) Bereitstellung von € 9.100,00 von der Gemeinde an die KEG als Liquiditätszuschuss.

Gesamt – Barbeitrag der Gemeinde daher derzeit € 33.880,57 und kostenlose Baugrundbeistellung.

Als Vergleich: ich war auch jahrelang Feuerwehrkommandant und habe unter meiner Kommandantenzeit das Feuerwehrhaus Reitnerberg errichtet. Damals habe ich einen BZ-Zuschuss von 1.500.000 Schilling vom Land bekommen und hier gibt es ein BZ-Zuschuss von 345.000 €. Man kann dankbar sein, dass wir eine so gute Finanzierung für das FF-Haus Trattenbach gefunden haben.

Wortmeldung GR Blasl:

Dies ist natürlich entkräftet, das habe ich nicht gewusst, jetzt schaut das anders aus. Die 14.600 € Umplankosten, was wurde da umgeplant?

Wortmeldung GV Mayr:

Mich stört die Art, die Ansicht ist in Ordnung, aber einfach etwas erfinden, damit dies eine schlechte Optik haben muss, das ist nicht in Ordnung.

Wortmeldung GR Großwindhager:

Wir haben zwei komplett verschiedene Darstellungen, vielleicht könnte Hr. Eibenberger noch einmal etwas dazu sagen.

Wortmeldung GR Eibenberger:

Wir haben 5 Jahre warten müssen und haben sehr viel Geld verloren an Zinsen. Weiters durch die Planung des Feuerwehrhauses, welche wir als erstes schon selbst gemacht haben. Das waren 6.000 €. Die haben wir auch nicht mehr bekommen. Wir wollten bauen aber durften nicht. Jetzt ist es ein ganz anders Haus geworden. Es gefällt uns allen sehr gut, aber das Geld haben wir verloren und die Gemeinde ist auch nicht gekommen und hat uns eine Unterstützung angeboten.

Wortmeldung GR Blasl:

Ein Anteil zurück und somit gab es schon eine Gutschrift.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Die Planung war nicht einfach. Hr. Schmid hat eine Umplanung gemacht, dazu wurde der alte Plan in Absprache mit Hr. Frauenberger eingebunden. Es wurde dann im neuen Stil geplant und die Wünsche der Feuerwehr berücksichtigt. Der Plan wurde vom Amt der Landesregierung Abteilung Hochbau zweimal geprüft. Aus Kostendämpfungsgründen mussten Änderungen vorgenommen werden. Es waren keine Fehler aber es war sehr umfangreich da viele Veränderungen notwendig waren und es wurde auch der Vorplatz miteingeplant.

Es ist richtig das die Zinsen verloren wurden, aber es hat damals niemand gewusst wann der Bau wirklich kommen wird. Es war von der Feuerwehr Trattenbach vorausschauend, dass der Grund gekauft wurde, aber die 19.000 € wurden berücksichtigt und wurden von der Eigenleistung herunter gerechnet.

Wortmeldung GR Blasl:

In der Vergangenheit haben wir immer das Geschick gehabt den teuersten Planer zu nehmen. Ich möchte an die Bestellung v. A. Deinhammer erinnern. Da wurde befürchtet, dass er kein guter Planer ist. Die Bestellung ist dann mit einer Mehrheit durchgedrückt worden und wir haben der Gemeinde dadurch viel Geld erspart. Jetzt haben wir Planungskosten von 14.000 €, geschätzt wurde der Bau mit 425.000 €. Das ist nur der Plan. Normal wäre das eine komplette Bauaufsicht. Wenn es tatsächlich so ist, dass man den Ortsansässigen Hr. Frauenberger wegen einem anderen Auswärtigen wegkatapultiert, obwohl dieser viel teurer ist, so ist das lachhaft. Es müsste normal ein Feuerwehrkommandant schon lange Halt schreien.

Wortmeldung GR Großteßner-Hain:

Ist es überhaupt möglich, dass man das Geld in das Gemeindebudget einfließen lässt, obwohl der Grund der KEG gehört?

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Der Grund der in der KEG ist wird nicht verkauft.

Hr. Leitner & Hr. Schmid haben im Einvernehmen mit Hr. Frauenberger diese Lösung gefunden, es ist reibungslos und im freundschaftlichen über die Bühne gegangen

Wortmeldung Vize-Bgm. Steindler:

Ich bin froh dass wir in Trattenbach so eine Lösung haben und freue mich wenn man bald beginnen kann. Die Finanzierung wurde in dieser Sache besprochen. Es war nicht leicht, aber man braucht dies. Der Gegenantrag von Hr. Hager ist mit uns nicht abgesprochen.

Wortmeldung GR Gierer:

Bevor man mit dem Zeughausbau beginnen kann, muss man sehr viel Motivationsarbeit leisten.

Es ist nicht einfach wenn man jetzt zu Beginn schon solche Verzögerungen hat, dass der Grund verkauft wurde, die FF einen Grund bekommen hat welcher kleiner ist und hat sicher mindestens bei den Zinsen Geld verloren. Auf der anderen Seite steht das Geld der Feuerwehr nicht zu sondern fließt in den Finanzierungsplan des Traktors hinein, dies ist sicher eine schiefe Optik.

Wortmeldung GV Mayr:

14.000 € Planungskosten, ist da die Bauaufsicht dabei?

Wortmeldung GR Eibenberger:

Nein, nur bis Einreichplan.

Wortmeldung GV Mayr:

Also ist dieses Geld nur für die bis jetzt erbrachte Leistung.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Es gab keine Verzögerung. Es gab vor einigen Jahren eine Besprechung mit allen Feuerwehrrkommandanten und dort wurde auch besprochen, dass 2007/2008 die BZ für die FF Trattenbach kommen und dort auch gebaut wird und es kann auch pünktlich im Frühjahr mit dem Bau begonnen werden. Daher ist es auch falsch wenn man sagt es ist keine Motivation mehr da, jedoch kommt es darauf an wie man es transportiert.

Wortmeldung AL Haider:

Der Gegenantrag von Herrn Hager sieht vor, dass der Betrag für den Zeughausbau verwendet wird. Der Zeughausbau Trattenbach ist ausfinanziert, das Geld wird nicht benötigt.

Beschlussfassung:

GR Gruber stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Finanzierungsplan für den Ankauf eines Kommunaltraktors inkl. Frontlader wie vorgetragen beschließen.

Beschlussfassung:

GR Hager stellt den Gegenantrag, der Gemeinderat möge beschließen, dass der Betrag von 10.152,00 € der Feuerwehr Trattenbach zur Verfügung gestellt wird und für den Traktorankauf eine andere Finanzierung gesucht wird.

Abstimmungsergebnis (Gegenantrag):

Der Gegenantrag wird mit 16 Gegenstimmen (13 ÖVP, 2 SPÖ (Krieger, Wimmer) und 1 FPÖ (Blast) abgelehnt;

ein Gemeinderat stimmt für den Gegenantrag (1 SPÖ (Hager));

acht Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (6 SPÖ (Steindler L., Müller, Eibenberger, Gierer, Steindler G., Kleinhagauer), 2 BPT (Großteßner-Hain, Dr. Zischkin).

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen (13 ÖVP, 1 FPÖ und 4 SPÖ (Steindler L., Krieger, Müller, Wimmer)) angenommen;

zwei Gemeinderäte stimmen gegen den Antrag (2 SPÖ (Eibenberger, Hager));

fünf Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (3 SPÖ (Gierer, Steindler G., Kleinhagauer), 2 BPT (Großteßner-Hain, Dr. Zischkin).

8.Rückbau OW Rameis - Verbücherung gemäß §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Vom Gemeinderat wurde am 16.02.2006 die Verlegung des öffentlichen Gutes im Bereich „Rameisengut“, Fachberger Ernst u. Maria, beschlossen.

Im Zuge eines geplanten Bauvorhabens wurde nunmehr festgestellt, dass das öffentliche Gut lt. DKM an der Ostseite so weit an den bestehenden Hof heranreicht, dass die in diesem Bereich geplanten Maßnahmen nicht ausgeführt werden können. Die tatsächlich in der Natur bestehende Straße ist jedoch wesentlich schmaler und würde für das Bauvorhaben kein Hindernis darstellen. Mit dem Wegeerhaltungsverband Eisenwurzen wurde abgeklärt, dass es ausreichend ist, wenn das öffentliche Gut im Ausmaß der tatsächlich vorhandenen Straße besteht.

Vom Vermessungsbüro DI Dr. Daxinger wurde daraufhin am 13.09.2006 eine entsprechende Vermessung durchgeführt. Demnach soll eine Fläche von 92 m² aus dem öffentlichen Gut der Parzelle 2098/2 an die Ehegatten Ernst und Maria Fachberger abgetreten werden. Für diese Grundabtretung ist ein Beschluss des Gemeinderates mit Zweidrittelmehrheit erforderlich.“

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die im Vermessungsplan 3881-A/06 des Vermessungsbüros DI Dr. Daxinger vom 15.09.2006 dargestellte Teilfläche Nr. 1 der Parzelle 2098/2 im Ausmaß von 92 m² aus dem öffentlichen Gut an die Ehegatten Ernst und Maria Fachberger, Steinbacher Straße 25, 4452 Ternberg, Parzelle Nr. .58, abzutreten.

Beratung:

Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussfassung:

GR Molterer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die im Vermessungsplan 3881-A/06 des Vermessungsbüros DI Dr. Daxinger vom 15.09.2006 dargestellte Teilfläche Nr. 1 der Parzelle 2098/2 im Ausmaß von 92 m² aus dem öffentlichen Gut an die Ehegatten Ernst und Maria Fachberger, Steinbacher Straße 25, 4452 Ternberg, Parzelle Nr. .58, abzutreten.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

9.Ausbau GW Paukengraben - Verbücherung gemäß §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Vom Wegeerhaltungsverband Eisenwurzen wurden am Güterweg Paukengraben im Bereich des Grundstücks 1136/1 (Hohlrieder Wilhelm) eine Uferstützmauer sowie eine Steinschlichtung errichtet. Aufgrund dieser Maßnahmen war eine Verlegung des Güterwegs Paukengraben notwendig.

Das Vermessungsbüro DI Dr. Daxinger hat am 13.09.2006 die entsprechende Vermessung durchgeführt. Von Herrn Hohlrieder Wilhelm ist demnach eine Fläche von 216 m² aus der Parzelle 1136/1 an das öffentliche Gut abzutreten.“

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die im Vermessungsplan 3881/06 des Vermessungsbüros DI Dr. Daxinger vom 27.09.2006 dargestellte Teilfläche Nr. 1 im Ausmaß von 216 m² aus der Parzelle 1136/1 des Wilhelm Hohlrieder, Paukengraben 29, 4452 Ternberg in das öffentliche Gut GW Paukengraben, Parzelle 1135/1, zu übernehmen.

Beratung:

Es erfolgt dazu keine Wortmeldung.

Beschlussfassung:

GV Mayr stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die im Vermessungsplan 3881/06 des Vermessungsbüros DI Dr. Daxinger vom 27.09.2006 dargestellte Teilfläche Nr. 1 im Ausmaß von 216 m² aus der Parzelle 1136/1 des Wilhelm Hohlrieder, Paukengraben 29, 4452 Ternberg in das öffentliche Gut GW Paukengraben, Parzelle 1135/1, zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

10. Getränkesteuerverfahren Scharfmüller Elfriede, zweitinstanzlicher Abgabenbescheid

Vize-Bgm. Kleindl verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Frau Scharfmüller Elfriede (Hittler) hat als damalige Schobersteinwirtin gegen die Festsetzung der Getränkesteuer für den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.1996 berufen. Der Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis vom 27.4.2006 ausgesprochen, dass die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke in Gastronomiebetrieben als rechtskonform anzusehen ist.

Es erging somit eine Berufungsvorentscheidung des Bürgermeisters am 30. August 2006. Daraufhin wurde vom vertretenden Steuerberater von Frau Scharfmüller, Herrn F.X. Priester, unter Einhaltung der Berufungsfrist, ein Vorlageantrag an die Abgabenbehörde 2. Instanz (Gemeinderat) gestellt.

Der nunmehr zu erlassende Abgabenbescheid sieht wie folgt aus und ist vollinhaltlich zu beschließen:

Gegen Zustellnachweis

Frau
Scharfmüller Elfriede
Reichraming 51
4462 Reichraming

Vertreten durch den ausgewiesenen
Steuerberater:
F.X. Priester GesmbH
4400 Steyr, Stelzhamerstraße 14a

Festsetzung der Getränkesteuer
01.01.1993 bis 31.12.1996

Bescheid

Der Gemeinderat hat sich in seiner Sitzung am 19. Oktober 2006 mit Ihrer Berufung vom 28. September 2006 auseinandergesetzt und es ergeht aufgrund des hiebei gefassten Gemeinderatsbeschlusses folgender

Spruch

„Gem. § 211 ff Oö. LAO sowie § 95 Abs. 1 Oö. GemO, LGBl 91/1990 und den Bestimmungen des Oö. Getränkesteuergesetzes, LGBl 15/1950 idF LGBl 42/2000 ,wird Ihre Berufung vom 28. September 2006 gegen den Bescheid des Bürgermeisters vom 30. August 2006 Zl. 941/2006/As abgewiesen und der Bescheid des Bürgermeisters bestätigt.“

Begründung

Der Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis vom 27.4.2006, ZI 2005/16/0217-6 ausgesprochen, dass die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke in Gastronomiebetrieben als rechtskonform anzusehen ist. Er folgt damit der Entscheidung des EuGH-Urteils C-491/03 vom 10.3.2005 (Ottmar Hermann/Stadt Frankfurt am Main) mit der festgestellt wurde, dass auch eine auf die entgeltliche Veräußerung alkoholhaltiger Getränke im Rahmen einer Bewirtungstätigkeit erhobene Getränkesteuer als gemeinschaftsrechtskonform anzusehen ist. Die Begründung für diese Entscheidung liegt im wesentlichen darin, dass die entgeltliche Abgabe von alkoholischen Getränken in Gastronomiebetrieben keine Lieferung, sondern eine Dienstleistung darstellt. Da im gegenständlichen Verfahren der Ausschank von alkoholischen (und nicht-alkoholischen) Getränken sowohl von der gastronomischen Gewerbeberechtigung (unter anderem Ausschank und Verkauf alkoholischer und nichtalkoholischer Getränke in unverschlossenen Gefäßen) als auch von der Lage der betrieblichen Fakten her im Rahmen einer Bewirtungstätigkeit erfolgt ist, wurde die Steuer zu Recht erhoben und war der Rückzahlungsantrag/Gutschrifts-/Gegenverrechnungsantrag als unbegründet abzuweisen.

Nach dem zitierten Urteil des Verwaltungsgerichtshofes bzw. des EuGH ist daher im vorliegenden Fall unter Beachtung der anzuwendenden Rechtslage (Landesgesetz Getränke- und Speiseeissteuer; Verordnung der Gemeinde) die *Festsetzung der Getränkesteuer auch auf alkoholische Getränke* geboten.

Insgesamt war somit spruchgemäß zu entscheiden.

Vorstellungsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb von 2 Wochen ab Zustellung des Bescheides die Vorstellung eingebracht werden. Die schriftliche Vorstellung kann nach Maßgabe der vorhandenen technischen Möglichkeiten auch telegrafisch, fernschriftlich, mit Telefax, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise eingebracht werden. Die Vorstellung hat den Bescheid zu bezeichnen gegen den sie sich richtet und einen begründeten Antrag zu enthalten.

Der Bürgermeister:“

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den vorgetragenen zweitinstanzlichen Abgabenbescheid vollinhaltlich beschließen.

Beratung:

Wortmeldung GR Blasl:

Wie hoch ist der Betrag?

Wortmeldung Vize-Bgm. Kleindl:

158.000 Schilling.

Beschlussfassung:

GR Großtesner stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorgetragenen zweitinstanzlichen Abgabenbescheid vollinhaltlich beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 24 –ja Stimmen angenommen.

Der Bürgermeister stimmt wegen Befangenheit nicht mit.

11. Privatrechtliche Grundeigentümergebilligung für den Gastgarten Kratochwil, Änderung der Namensführung von Kratochwil Franz auf Kratochwil Ingrid

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Mit Herrn Franz Kratochwil, Ternberg, Kornblumenstraße 2, hat der Gemeinderat mit Beschluss vom 6. April 2000, eine privatrechtliche Grundeigentümergebilligung für die Benützung des Gastgartens auf Grundstück Nr. 1425/2 – Teil, KG. Ternberg beschlossen. Die benützte Fläche beträgt 55 m². Der Pachtzins wurde mit S 120,- (€ 8,72) zuzüglich 20 % MWSt. festgesetzt.

Herr Franz Kratochwil hat mit Schreiben vom 18.9.2006 die Vereinbarung gekündigt.

Gleichzeitig hat Frau Kratochwil Ingrid, Ternberg, Kirchenplatz 2, mitgeteilt, dass sie den Gastbetrieb weiterführt und um die Bewilligung der Gastgartenbenützung ersucht.

Eine neue privatrechtliche Grundeigentümergebilligung wurde vorbereitet und liegt vor.

Der Mietzins soll wie bisher pro m² € 8,72 zuzüglich 20 % MWSt. pro Saison betragen.

Die Finanzamtgebühr ist von der Bewilligungswerberin zu tragen.“

Der Bürgermeister bringt das Schreiben von Herrn und das Schreiben von Frau Kratochwil zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge die vorliegende privatrechtliche Grundeigentümergebilligung mit Frau Kratochwil Ingrid beschließen.

Beratung:

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Der Preis ist ident mit dem von der Fa. Hohlrieder, der neue Preis für Schanigärten würde 10,50 € betragen, jedoch mit Ausnahme von bestehenden Verträgen, diese werden mit dem günstigeren Preis verrechnet.

Beschlussfassung:

GR Gumpoldsberger stellt den Antrag, der Gemeinderat möge die vorliegende privatrechtliche Grundeigentümerzustimmung mit Frau Kratochwil Ingrid beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beilage: Schreiben von Herrn Kratochwil und von Frau Kratochwil.

12.Allfälliges

Geruchsbelästigung Hauptschule Ternberg

Der Bürgermeister berichtet, dass heute Fr. Hofstätter von der Oberösterreichischen Landesregierung in der Hauptschule war und mit AL Haider und Hr. Lindner die 1b Klasse besichtigt hat. Sie hat keine Geruchsbelästigung festgestellt obwohl absichtlich davor nicht gelüftet wurde. Es wurde auch die darunter liegende Klasse 1a besichtigt. Diese wurde gelüftet, jedoch konnte kein wesentlicher Unterschied festgestellt werden. Weiters wurde im Keller im Maschinschreibraum ein scharfer Geruch festgestellt. Es gibt für die Geruchstörung mehrere mögliche Ursachen. Es kann sein, dass der gesamte Raum zu feucht ist. Es wurde festgestellt, dass die Fenster schwitzen und dass das Mauerwerk feuchte Stellen aufweist. Es kann auch sein, dass bereits ein sehr hoher Schimmelanteil hinter der Isolierung aufgetreten ist und die Luft bereits sporenbelastet ist. Von Fr. Hofstätter wurde vorgeschlagen, dass in allen drei Räumen Luftuntersuchungen vorgenommen werden. Es laufen hierfür der Gemeinde Kosten auf. Fr. Hofstätter wird diese noch bekannt geben. Fr. Hofstätter wurde ersucht diese Luftuntersuchungen umgehend einzuleiten.

Weiters darf ich noch mitteilen, dass das Dach der Hauptschule oberhalb der Bücherei ausgetauscht wurde und nun wieder dicht ist.

Schriftliche Anfrage von Hr. Dr. Zischkin

Der Bürgermeister bringt das Schreiben laut Anlage zur Kenntnis und gibt bekannt, dass dieses Schreiben schriftlich beantwortet wird.

Beilage: Schreiben von Hr. Dr. Zischkin

Planung Vorplatz Zeughaus FF Trattenbach

GR Gumpoldsberger berichtet, dass er heute mit Hr. Danninger telefoniert hat. Dieser hat mitgeteilt, dass er gestern ein Gespräch mit dem zuständigen Planungsingenieur gab und er würde gerne für den Vorplatz eine Idee einbringen, er wäre an einem Gespräch interessiert.

Wortmeldung AL Haider:

Es muss davor ein Angebot eingeholt werden, sonst haben wir wieder ein Problem wegen der Höhe der Rechnung. Ein Angebot ist die Grundlage für einen Auftrag.

Wortmeldung GR Gumpoldsberger:

Hr. Danninger wäre bereit einen freiwilligen Beitrag zu leisten.

Oberflächenwasserableitung Lindner Heinrich und Hermine

Vize-Bgm. Steindler erkundigt sich in der Sache Lindner Heinrich und Hermine. Er beantragt eine Oberflächenwasserableitung. Ist das für die Gemeinde sehr schwierig oder sind wir nicht zuständig wenn Wasser in die Einfahrt hinein läuft. Sind die Gegebenheiten jetzt anders sind als früher, wie die Bundesstraße vorbei gegangen ist.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Herr Lindner war bei uns auf der Gemeinde. Er hat berichtet, dass bei starkem Niederschlag das Wasser von der alten Bundesstraße in seine Zufahrt rinnt. Die Ursache ist diese, dass der Leistenstein sehr tief gesetzt wurde damit man die Kuppe überwinden kann. Ich habe Hr. Lindner vorgeschlagen, er soll die Leistensteine erhöhen. Dass will er jedoch nicht weil dann die Ausfahrt nicht so angenehm ist. Dann habe ich vorgeschlagen, er soll Wasserrinnen anschaffen und die Gemeinde würde sie einbetonieren. Ich habe bis jetzt keine Antwort erhalten, aber es ist nicht zielführend dies im Gemeinderat zu diskutieren.

Gesundheitstag

Vize-Bgm. Steindler lädt herzlich zum Gesundheitstag am 20. Oktober in der Hauptschule ein und betont, dass es auch ein Bauernbuffet geben wird.

Kanalbau Trattenbach

GR Blasl ersucht, dass bevor die Ausschreibung für den Kanalbau Trattenbach stattfindet, man nicht vergisst, dass die Anbietende Baufirma auch dezidierte Öffnungszeiten für die Fahrbarkeit für den Trattenbach einplanen muss.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Die Firma dlp Dipl.-Ing. Dienesch ist an uns heran getreten und hat sich erkundigt wo es eine Ausweichecke gebe. Bevor das Projekt fertiggestellt wird, wird ein Gespräch stattfinden.

Adventmarkt FF Trattenbach

GR Eibenberger lädt herzlich zum Adventmarkt am 8. Dezember ein und bittet um Unterstützung bei der Sammlung Anfang 2007 für das FF Zeughaus.

Frist für Schreiben an den Gemeinderat

GR Hager erkundigt sich, welche Frist es gibt für die Vorlage der Schreiben der FF Ternberg an den Gemeinderat.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Die Schreiben wurden im Gemeindevorstand behandelt und die Vorstandsmitglieder haben einstimmig festgelegt, dass sie im Gemeinderat nicht vorgelegt werden.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um **21.30 Uhr**.

.....
(Vorsitzender)

.....
(ÖVP-Gemeinderatsmitglied)

.....
(Schriftführer)

.....
(SPÖ-Gemeinderatsmitglied)

.....
(BPT-Gemeinderatsmitglied)

.....
(FPÖ-Gemeinderatsmitglied)

Der Vorsitzende beurkundet hiemit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden/über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

TERNBERG, am

Der Vorsitzende: